

2016-08-29

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 17.08.2016

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:05 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Schwabe, Jörg

Vertretung: Adamek, Eiko

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Präger, Thomas

Vertretung: Hofmeister, Dirk

Verwaltung

Nußbeck, Sabrina

Vertretung: Wirth, Elke (Amt 20)

Schlonski, Christiane

Vertretung: Meister, Christian (Amt 63)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Kuras, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit neun anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Kuras verwies auf die Funktion des Haupt- und Personalausschusses als Beteiligungsausschuss. Alle Beschlussvorlagen, die das Beteiligungsmanagement betreffen, wurden zunächst als nichtöffentliche Tagesordnungspunkte vorgesehen, da es sich um betriebliche Angelegenheiten handelt. Dagegen gab es Einwände, die nach einer Prüfung für teilweise berechtigt gehalten wurden. Die Tagesordnung wurde aus diesem Grund noch einmal überarbeitet und versandt. Tagesordnungspunkte bei denen es zu Rückfragen über betriebliche Abläufe kommen könnte, wurden im nichtöffentlichen Teil belassen. Andere Beschlussvorlagen, z. B. die Entlastungsbeschlüsse, wurden nunmehr für den öffentlichen Teil der Sitzung vorgesehen.

Der vorliegenden Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt (09:00:00).

3 Genehmigung der Niederschriften vom 18.05.2016 und 08.06.2016

Die Niederschriften vom 18.05.2016 und vom 08.06.2016 wurden genehmigt.

Abstimmungsergebnisse:

Niederschrift vom 18.05.2016 – 06:00:03

Niederschrift vom 08.06.2016 – 08:00:01

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gab die in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 08.06.2016 gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse bekannt:

- Jahresabschluss 2015 der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH (SWR)
- Entlastung des Geschäftsführers der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH (SWR) für das Geschäftsjahr 2015
- Entlastung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH (SWR) für das Geschäftsjahr 2015
- Zielvereinbarung 2016 mit der Geschäftsführerin der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH (IVG)
- Zielvereinbarung 2016 mit den Geschäftsführern der MVZ SKD GmbH

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es gab keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum.

Nach Eintreffen von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, waren nunmehr zehn stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

6 Einwohnerfragestunde

Herr Swen Behrendt, Pappelgrund 30, ging auf die Beantwortung seiner Anfragen in den Ausschüssen und im Stadtrat ein. Kaum eine Antwort beantwortet seine Fragen. Als Beispiel nannte er seine Frage nach den Kosten für das Heim in der Waldstraße, eröffnet Januar 2016. Hier seien Auskünfte ausschließlich für das Jahr 2015 möglich. Er fragte des Weiteren nach Kontrollen der Radfahrer auf den Friedhöfen durch das Ordnungsamt. Er erhielt die Antwort, dass hierfür die Polizei zuständig ist, da es sich um fließenden Verkehr handelt. Das dort gar kein Verkehr erlaubt ist, fällt jedoch niemandem auf. Herr Behrendt betonte, dass es ihm darum geht der Verwaltung Arbeit zu ersparen, da jeder falsche Brief doppelt beantwortet werden muss. Daran kann keinem gelegen sein. Er hinterfragte, ob seine Fragen nicht richtig verstanden oder aus den Ausschüssen falsch übermittelt werden, ob absichtlich falsch gearbeitet wird bzw. die Mitarbeiter mit der Beantwortung überfordert sind. Herr Behrendt fragte weiter, was konkret das Problem ist und wie dieses abgestellt werden kann.

Herr Oberbürgermeister Kuras merkte an, dass Herr Behrendt die Arbeit der Stadtverwaltung seit vielen Monaten kritisch und sehr genau begleitet. Es ist auszuschließen, dass absichtlich eine falsche oder unklare Antwort gegeben wird. Manchmal wird die Frage vielleicht nicht auf Anhieb richtig verstanden, jedoch ist die Verwaltung bemüht ordentliche Antworten zu geben. Wenn Herr Behrendt im Recht ist, wird auch entsprechend reagiert. Im gestrigen Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt wurde bereits über die Antwort zu den Friedhöfen gesprochen. Herr Oberbürgermeister Kuras teilt die Skepsis, was den Richtigkeitsgehalt der Antwort betrifft. Möglicherweise handelt es sich um ein Missverständnis, welches momentan aufgeklärt wird. Er betonte, dass die Anregungen ausnahmslos ernst genommen werden.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Jährliche Berichterstattung an die Kommunalaufsichtsbehörde zur Entgegennahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA im Zeitraum vom 17. Juni 2015 bis 30. Juni 2016 - Vorlage: IV/031/2016/II

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Benckenstein, AfD-Fraktion, ging auf die Bauhaus-Buslinie ein. Es sollte im Blick behalten werden, ob sich diese rentiert und angenommen wird, oder ob noch etwas geändert werden könnten. Vormittags ist zu beobachten, dass die Busse leer sind. Vielleicht könnten Schüler mitgenommen werden.

Herr Oberbürgermeister Kuras gab an, dass es sich um einen Probelauf für das Jahr 2019 handelt. Er werde die Anregung Herrn Czeplarek übermitteln. Im Haupt- und Personalausschuss könnte ein Bericht erfolgen, ob die Linie angenommen wird.

Herr Schönnemann, Fraktion Die Linke, merkte an, dass die touristischen Pakete, welche die Einbindung dieser Linie bewerben, noch nicht existieren, worauf **Frau Benckenstein** entgegnete, dass die Busse dann auch nicht sinnlos fahren müssen und andere Leute mit transportiert werden können.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, dass man mit einem normalen Fahrschein mitfahren kann. Die Linie fährt jedoch nicht so schnell von A nach B wie das bei anderen Buslinien der Fall ist. Manche Dinge brauchen Zeit, um angenommen zu werden, jedoch sollte das Thema weiter im Auge behalten werden.

8 Beschlussfassungen

8.1 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2015 - Vorlage: BV/208/2016/II-20BTM

Herr Oberbürgermeister Kuras sowie **Herr Kolze, CDU-Fraktion**, erklärten ihre Befangenheit, da sie Mitglieder im Verwaltungsrat der Sparkasse sind und nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

8.2 Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse - Vorlage: BV/245/2016/II-30

Herr Oberbürgermeister Kuras wies darauf hin, dass die OB-Dienstberatung der Beschlussvorlage zwischenzeitlich zugestimmt hat. Es wurden Bedenken geäußert, dass trotz Regelung in der Geschäftsordnung, die An- und Abmeldungen der Stadträte in den Stadtratssitzungen oftmals nicht praktiziert werden. In der Dienstberatung wurde festgestellt, dass die Geschäftsordnung an die praktische Lebenswirklichkeit angepasst werden sollte. Damit wären keine An- und Abmeldungen vorgesehen, was wiederum rechtliche Auswirkungen haben könnte und die Anforderungen an die Leitung der Stadtratssitzungen durch das Präsidium erhöht. Bei Abstimmungen, wo Zweifel bestehen, müssen immer die Stimmen ausgezählt und zusammengerechnet werden, ob diese mindestens 26 ergeben.

Bezugnehmend auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters merkte **Frau Storz, SPD-Fraktion und 2. Stellvertreterin des Stadtratsvorsitzenden**, an, dass das seitens des Stadtratspräsidiums nicht leistbar ist. Sehr viele Stadträte verlassen während der Sitzung den Saal ohne sich abzumelden. Wenn bei den Abstimmungen jedes Mal gezählt werden muss, werde man sich lächerlich machen, wenn es nicht aufgeht.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, gab an, dass es nur bei einem Antrag auf Wiederholung der Abstimmung Probleme gibt. Bisher hatte sich der Vorsitzende des Stadtrates über die Anwesenheitszahl bei den Schriftführern informiert, wonach dann abgestimmt wurde. Die Protokollanten müssten dem Präsidium jetzt eine Veränderung der Anwesenheit mitteilen.

Wenn die Geschäftsordnung nicht geändert wird, müsse sie auch richtig praktiziert werden, stellte **Herr Oberbürgermeister Kuras** fest und appellierte in diesem Zusammenhang an die Disziplin der Stadträte. Wenn der Passus aus der Geschäftsordnung entfernt wird, muss darauf geachtet werden, dass die Beschlussfähigkeit festgestellt wird. Die Einwände und auch die rechtlichen Konsequenzen teile er, da es problematisch ist, wenn ein nicht beschlussfähiger Stadtrat Beschlüsse fasst.

Herr Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes, erklärte, dass bisher nicht ausgezählt wurde, wenn eine ersichtlich große Mehrheit anwesend war. Es wurden z. B. die wenigen Nein-Stimmen gezählt und eine Quersumme gebildet. Das ist die langjährige Praxis.

Das Problem besteht darin, dass diese Quersumme im Keim nicht gestimmt hat, wenn vorübergehend ein Stadtrat nicht anwesend war, da diese Summe dann von der anfänglich festgestellte Anzahl abweicht. Diese würde nur stimmen, wenn sie das Stadtratsbüro entsprechend der diskutierten Regelung konkret feststellen würde. Dazu ist das Stadtratsbüro jedoch nicht in der Lage, wenn sich die Stadträte beim Verlassen des Sitzungsraumes nicht abmelden. Wenn die Regelung gestrichen wird, muss konkret ausgezählt werden.

Frau Benckenstein, AfD-Fraktion, stellte fest, dass wieder über die Disziplin der Stadträte diskutiert wird und verwies auf die Diskussion zur Sitzordnung. Ein Stadtrat der nach draußen geht, sollte sich abmelden und beim Betreten wieder anmelden. Es wäre ein falsches Signal, wenn man aufgrund eines Hinweises die Geschäftsordnung ändert.

Auch **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, plädierte dafür, dass die Geschäftsordnung nicht geändert wird. Er hält es allerdings für einen erheblichen Unruhefaktor, wenn die Stadträte an den Tisch des Stadtratsbüros gehen müssen, bevor sie den Saal verlassen. Er machte den Vorschlag, am Eingang des Ratssaales einen Kasten zu installieren in dem Abstimmungskarten hinterlegt werden, die jederzeit nachgezählt werden können.

Herr Oberbürgermeister Kuras betonte, dass es für das Stadtratsbüro schwer ist, einen Überblick zu behalten.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, sprach sich ebenfalls für eine Beibehaltung der Geschäftsordnung aus. Es sollte nach einer Erleichterung für die Mitarbeiter des Stadtratsbüros gesucht werden.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, schloss sich ebenfalls den Meinungen seiner Vorredner an. Es gibt Möglichkeiten mit namentlichen oder durchnummerierten Abstimmungskarten zu arbeiten, die vor Verlassen des Sitzungsraumes abgegeben werden können, wodurch für die Mitarbeiter sofort ersichtlich ist, wer nicht im Raum ist.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, merkte an, dass eine Änderung möglich wäre, wenn das Präsidium vor jeder Abstimmung die Beschlussfähigkeit feststellt. Nur in Zweifelsfällen muss die Beschlussfähigkeit geprüft werden. Bei Befangenheit müssen sich die entsprechenden Mitglieder beim Stadtratsbüro als befangen melden und erklären, dass sie an der Abstimmung nicht teilnehmen, was protokolliert werden muss.

Herr Oberbürgermeister Kuras gab an, dass das praktiziert wird.

Herr Westhagemann erläuterte, dass die Beschlussfähigkeit, nachdem sie zu Beginn festgestellt wurde, im weiteren Verfahren schlichtweg fingiert wird. Nur wenn ein Stadtrat den Eindruck hat, dass die Beschlussfähigkeit nicht gegeben ist, muss gezählt werden. Ansonsten spielt das Thema Beschlussfähigkeit im normalen Verlauf einer Sitzung keine Rolle. Vielmehr geht es um die korrekte Ermittlung der Abstimmungsergebnisse.

Bezüglich der Bedenken des **Oberbürgermeisters Herrn Kuras**, dass sich während der gesamten Sitzung auf die am Anfang festgestellte Beschlussfähigkeit berufen werden kann, merkte **Herr Westhagemann** weiter an, dass das seitens des Gesetzgebers so vorgesehen ist. Bei einem großen Gremium wie dem Stadtrat kann nicht mit einem Blick festgestellt werden, ob die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Daher wird diese fingiert.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass alle Stadträte sowie der Oberbürgermeister zu jedem Zeitpunkt die Möglichkeit haben, einen Antrag auf Prüfung der Beschlussfähigkeit zu stellen. Es wird abgestimmt, solange nicht offensichtlich ist, dass es zu wenige Stadträte sind.

Im Ergebnis der Diskussion fasste **Herr Oberbürgermeister Kuras** zusammen, dass die Mehrheit der Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses gegen die Änderung der Geschäftsordnung und für eine Änderung der bisherigen Praxis ist. Es sollte ein praktisches Verfahren eingeführt werden, durch das sehr leicht die Anwesenheit festgestellt werden kann.

Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen und Vertreterin der Bürgermeisterin und Beigeordneten für Finanzen, erklärte, dass zur Beschlussfassung und zur Ermittlung der Für- und Gegenstimmen, ggf. über eine Quersumme, das Präsidium jedes Mal erfragen muss, wie viele tatsächlich anwesend sind. Die Änderung der Geschäftsordnung hat nicht zum Ziel die Beschlussfähigkeit festzustellen. Die Abstimmungen liefen bisher so, dass eine gewisse Anzahl anwesend war und z. B. anhand der Gegenstimmen eine Quersumme gebildet wurde, um herauszufinden wie viele dafür sind.

Frau Storz merkte an, dass seitens des Präsidiums immer festgestellt wird, ob eine Mehrheit dafür oder dagegen ist.

Herr Schöнемann wies darauf hin, dass es auch darauf ankommt, welche Stimmenanzahl für bestimmte Beschlusslagen benötigt wird.

Herr Dr. Melchior ging auf die ausgereichte Synopse ein. Demnach müssen die Stadträte registriert werden, die die Sitzung früher verlassen.

Herr Bönecke gab an, dass es auch möglich wäre, alle Ja- und Neinstimmen sowie die Enthaltungen zu zählen. Das müsste gemacht werden, wenn sich im Saal Stadträte befinden, die nicht an der Abstimmung teilnehmen.

Das sollte das Präsidium situationsabhängig entscheiden, merkte **Herr Oberbürgermeister Kuras** an.

Herr Ehm erklärte, dass es in den zurückliegenden Jahren keine zweifelhafte Abstimmung gab. Wenn es Zweifel gab, wurde ausgezählt.

Herr Oberbürgermeister Kuras schlug vor, über die Beschlussvorlage abzustimmen. Es werde mit den Mitarbeitern des Stadtratsbüros nach einer praktischen Lösung gesucht und diese zu gegebener Zeit vorgeschlagen.

Herr Ehm bat darum, die Belastungsfähigkeit der Mitarbeiter im Blick zu behalten, da nicht jeder der kurzzeitig den Sitzungsraum verlässt, registriert werden kann.

Bezüglich des Vorschlags von **Herr Dr. Melchior**, dass die Uhrzeit der Stadträte, die später erscheinen bzw. früher gehen, in einer zusätzlichen Zeitspalte registriert werden könnte, äußerte **Herr Ehm**, dass das praktiziert wird.

Abstimmungsergebnis: 00:09:01

8.3 Beschluss zur Bewerbung der Stadt Dessau-Roßlau um die Durchführung der Landesgartenschau 2022 in Sachsen-Anhalt Vorlage: BV/255/2016/III-61

Herr Oberbürgermeister Kuras begrüßte Herrn Krüger vom Planungsbüro UKL Landschaftsarchitekten und wies darauf hin, dass die Hinweise aus den bisherigen Ausschusssitzungen aufgenommen wurden.

Herr Krüger stellte das Konzept zur Gestaltung und Durchführung der Landesgartenschau in Dessau-Roßlau anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Die Präsentation ist Bestandteil der Niederschrift.

Herr Oberbürgermeister Kuras merkte anschließend an, dass die Anregung zur Bewerbung der Stadt Dessau-Roßlau für die Landesgartenschau 2022 seitens des Wirtschafts- und Industrieklubs erfolgte. Des Weiteren wurden auch finanzielle Mittel der Mitgliedsunternehmen zur Finanzierung der Machbarkeitsstudie aufgebracht. Es wurden zwei öffentliche Veranstaltungen in der Marienkirche durchgeführt, die gut besucht waren und eine eindeutig positive Grundstimmung vermittelten. Dabei wurden auch viele Anregungen gegeben. Ebenso positiv waren die Antworten von Institutionen und Einzelpersonen, die gefragt wurden, ob sie an der Landesgartenschau mitwirken würden. Die Bewerbung sollte dennoch gut durchdacht sein, da es mit Blick auf die letzten Jahrzehnte eine der größten Veranstaltungen ist, die Dessau-Roßlau durchführen würde. Das Volumen beträgt ca. 55 Mio. EUR. Allerdings wird die Liste noch einmal überprüft, ob wirklich alles gemacht werden muss. So wird z. B. überlegt, ob die Tiefgarage am Welterbezentrum wirklich benötigt wird. Das wäre dann ein großer Betrag der entfällt. Der Vorsitzende und auch die Mitglieder des Finanzausschusses hatten kritische Fragen gestellt und auch andere Fragen aufgeworfen, als in den anderen Ausschüssen. Das ist legitim, da eine ehrliche Diskussion geführt werden soll. Natürlich sind die Folgekosten zu beachten, die auch im Konzept dargestellt sind. Wichtige Projekte sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das Georgium kann und wird nicht unter der Landesgartenschau leiden. Wenn die bisherigen Planungen beibehalten werden und die Stadt Fördermittel erhält, soll das Georgium im Jahr 2019 wieder eröffnet werden. Auch in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters wurde das Thema diskutiert. Seitens des Finanzdezernates gab es berechtigte kritische Hinweise, ob eine Landesgartenschau für die Stadt finanziell sowie personell leistbar ist. Es wurde sich abschließend für die Durchführung ausgesprochen, da das Kräfte freisetzen könnte, die der Stadt gut tun werden. Auch wenn sich die Finanzierung schwierig gestaltet, sollte man das Projekt nicht auf 2026 verschieben. Grund dafür ist die Fördermittelsituation der Europäischen Union, welche im Jahr 2026 schlechter sein wird. Ein weiteres Argument ist die jetzige Konkurrenzenlage. Zwei der Mitbewerber sind Städte im Harz.

Wenn das Land den Regionalproporz einhalten will, kann nach Aschersleben und Wernigerode nicht noch eine dritte Stadt im Harz ausgewählt werden. Die Stadt Bad Dürrenberg hat für die Bewerbung zu wenig Zeit, da sie jetzt erst dazu gekommen ist. Außerdem ist die Stadt kleiner und ist vom finanziellen Leistungsvermögen weit von Dessau-Roßlau entfernt.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtete weiter, dass er in den vergangenen Wochen und Monaten zahlreiche Gespräche mit Ministerien, aber auch der Investitionsbank geführt hat. Hierbei war eine Grundsympathie für Dessau-Roßlau zu erkennen. Natürlich wurde nichts versprochen. Er bemüht sich, vor der letzten Behandlung im Stadtrat, viele offene Punkte und Unsicherheiten zu bereinigen. Von Herrn Stadtrat Otto wurde eine Liste erbeten, wo die einzelnen Projekte aufgeführt sind. Aufgrund der unklaren Rahmenbedingungen ist diese jedoch unmöglich. Es ist noch nicht absehbar, welche STARK III Fördermittel die Stadt erhält. Diese Situation hat sich drastisch verschlechtert. Alle Städte, die in letzter Zeit eine Landes- oder Bundesgartenschau durchgeführt haben, berichteten, dass es sich trotz finanziellen Aufwands gelohnt hat. Es wurden Investitionen realisiert, bei denen nur eine Landesgartenschau Geld generieren konnte. Er appellierte an die Stadträte zuzustimmen.

Es ist zur Kenntnis zu nehmen, dass die Verwaltung inzwischen geschlossen hinter dem Projekt steht, merkte **Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke**, an. Der Haupt- und Personalausschuss hatte die Beauftragung der Machbarkeitsstudie klar beschlossen. Es ist eine Verpflichtung, dem Wirtschafts- und Industrieclub als Partner treu zu bleiben. Erfreulich war die offene Diskussion aller Fraktionen, auch derer, die Bedenken bzgl. des fiskalischen Teils äußern. Auch diese Fraktionen sind vom Konzept überzeugt. Mit den Eigentümern des Umfelds der Y-Häuser hatte er Kontakt aufgenommen. Das Areal besitzt vorzeigbare städtebauliche Qualität. Wenn man die Aufwertung der Häuser nach den ersten Aktivitäten sieht, dann ist das ein qualitativer Gewinn. Ein dazu passendes Umfeld wäre eine Aufwertung und setzt die Stadt in einen neuen Fokus. Im Finale setzt es auch das Konzept zum Masterplan Bauhausstadt fort. **Herr Schöнемann** fragte Herrn Krüger, welche Bedeutung das „K“ auf den Lageplänen hat.

Herr Krüger erklärte, dass es sich um innovative Stadt-Grün-Konzepte in Brüchen handelt. An einigen Stellen wurden Brüche erkannt. Ein Bruch ist jedoch nichts Negatives, da an der Stelle etwas gemacht werden kann. Die Innenstadt muss aus der Genese grundsätzlich voller Brüche sein. Was kaputt gegangen ist, kann nicht in wenigen Jahrzehnten aufgearbeitet werden. Daher die zahlreichen Chancen, die sich in den unterschiedlichsten Nischen und Feldern befinden.

Herr Schöнемann merkte außerdem an, dass in der gestrigen Diskussion im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt auch signalisiert wurde, dass mit dem Konzept in den nächsten sechs Jahren Probleme gelöst werden können, die in den nächsten 25 bis 30 Jahren ansonsten nicht gelöst werden könnten. Für die Fraktion Die Linke sprach er eine 100 prozentige Unterstützung für das Konzept aus.

Für die **CDU-Fraktion** erklärte **Herr Adamek**, dass eine Landesgartenschau begrüßt wird. Allerdings bestehen Zweifel aufgrund der finanziellen Situation der Stadt. In den ersten Präsentationen gab es eine Spanne der Eigenanteile zwischen 5 und 40 Mio. EUR.

Obwohl das Konzept ein Fortschritt für diese Stadt ist, gibt es aus Sicht der CDU-Fraktion viele andere Baustellen und viele zu erwartende Mehrkosten, die momentan nicht berechenbar sind. Als Beispiele nannte er die Zerbster Brücke in Roßlau, die Veränderung der Förderrichtlinien STARK III, den Eigenanteil für das Bauhausmuseum, die Schwimmhalle, die Mehrkosten für die Muldbrücke, das Georgium und den Turnhallenneubau für das Walter-Gropius-Gymnasium. Es wäre schade, wenn eine hervorragende Bewerbung abgegeben wird, die aus finanziellen Gründen minimiert werden muss. Die Vorteile für die Wirtschaft sowie die Arbeitsplätze wären nur temporär. Die Nachhaltigkeit wird auch Kosten verursachen, diese liegen aktuell bei 35.000 € pro Jahr, dann bei über 200.000 € pro Jahr. Hinsichtlich der möglichen Förderungen und einem minimalistischen Eigenanteil von 10 % sollte auch der Worst Case betrachtet werden. Der Eigenanteil könnte wesentlich höher ausfallen. Aktuell bezweifelt er, dass die Stadt das Projekt finanziell stemmen kann. Eine Verschiebung um 4 Jahre würde seitens der CDU-Fraktion begrüßt werden, da bis dahin das Bauhausmuseum, die Brücke und die Sporthalle stehen. Seine Fraktion wird sich bei der heutigen Abstimmung enthalten, da sie nicht dagegen sind. Eine letzte endgültige Meinungsbildung wird in der Fraktionssitzung vor der Stadtratssitzung erfolgen.

Auch die **Fraktion Pro Dessau-Roßlau** begrüßt das Projekt, sieht allerdings ebenfalls Probleme hinsichtlich der Realisierung, äußerte **Herrn Bönecke**. Wenn die Bewerbung der Stadt Dessau-Roßlau gewinnt, sollten man nicht anfangen Abstriche zu machen, weil erkannt wird, dass es in dem geplanten Umfang finanziell nicht zu schaffen ist. Je nach Fördermittelgrad liegt der Eigenanteil bei bis zu 40 Mio. EUR.

Diesbezüglich entgegnete **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, dass darüber informiert wurde, dass Aschersleben 40 Mio. EUR, mit einem Eigenanteil von 20 Mio. EUR, investiert hatte.

Weiterhin erklärte **Herr Bönecke**, dass sich seine Fraktion am 29.08.2016 zu diesem Thema befinden wird. Das Konzept sollte von einer großen Mehrheit des Stadtrates getragen werden. In diesem Fall dürfen in den nächsten fünf Jahren keine Wunschlisten der Fraktionen in die Haushaltsberatungen eingebracht werden. Es sollte konstruktiv darüber diskutiert werden, wie die Projekte, die aufgrund der Landesgartenschau verschoben werden, neu platziert werden.

Herr Krüger betonte die Wichtigkeit, dass der Stadtrat in der Sitzung am 31.08.2016 relativ geschlossen, mit ca. 90 % Zustimmung, hinter dem Projekt steht. Eine Enthaltung wäre immer noch besser als eine Gegenstimme. Die geäußerten Bedenken sind alle verständlich, jedoch hatten alle Städte, die eine Landesgartenschau ausgerichtet haben, die gleichen Probleme. Für das Jahr 2022 hat Dessau-Roßlau eine sehr große Chance, für das Jahr 2026 kann er noch keine Aussage treffen. Es sollte daher nicht verschoben werden.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, sprach sich gegen eine Verschiebung aus. Trotz der finanziellen Aufwendungen ist das eine große Chance für die Stadt. Es ist ebenfalls eine Chance für den Stadtrat, wenn dieser sich in einer großen Mehrheit für die Landesgartenschau ausspricht.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, ging auf die Finanzierung ein und stimmte den Aussagen von Herrn Bönecke zu. Im Fall eines Zuschlages müsse es eine enorme Disziplin geben. Nicht nur bei der Haushaltsaufstellung, sondern auch bei der Realisierung müsse aufgepasst werden, dass die Kosten nicht überstiegen werden. Für eine Realisierung muss die Stadt konsequent handeln. Bezüglich der Förderquoten erklärte er, dass die Stadt ihre Visionen für die Höhe der Förderquoten an die Landesregierung formuliert werden. Wenn sich dennoch die Eigenanteile erhöhen und die finanziellen Risiken für einzelne Objekte zu groß werden, muss die Notwendigkeit betrachtet werden. Das ist legitim. Es ist positiv, dass es jetzt ein Gesamtkonzept gibt, welches die demographische Entwicklung der Stadt berücksichtigt und gleichzeitig städtebauliche Missstände beseitigt. Damit wäre auch die Frage nach dem Stadtzentrum geklärt, da das in dem Bereich liegt. Seine Fraktion steht zu fast 90 % hinter dem Projekt.

Frau Benckenstein, AfD-Fraktion, erklärte, dass sie überzeugt ist, dass wir es schaffen werden. Die Möglichkeit zur Umgestaltung der Stadt sollte genutzt werden. Bisher wurde jedes finanzielle Projekt gestemmt, somit werde auch dieses gelingen.

Herr Oberbürgermeister Kuras äußerte, dass er die Bedenken und kritischen Fragen versteht und ernst nimmt. Die verbleibende Zeit bis zum Stadtrat möchte er nutzen, um Ergebnisse zu bringen, die er durch Gespräche mit der Landesregierung und der Investitionsbank erreicht. Die Investitionsbank hat aus GRW-Programmen Geld. Dafür muss sich das Projekt jedoch auf den Bereich Tourismus beziehen. Bei Maßnahmen wo die Ressourcen schwach sind, muss der Kontext zum Tourismus hergestellt werden. Gemeinsam mit der Stadtkämmerei wird er nach einer Notfallvariante für die Zerbster Brücke suchen. Es wurde bereits über eine Kreditaufnahme gesprochen. Es sollte allerdings nicht die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt gefährdet werden. Die Abstriche an dem Konzept sind normal. Für das Bewerbungskonzept wird vorher grob geklärt, wofür es Fördermittel geben könnte. Es wurde allerdings keine Landesgartenschau genauso realisiert, wie es im Konzept stand. Die Fahrbahnabsenkung ist ein Schlüsselprojekt, was das eigentliche Anliegen einer Landesgartenschau deutlich macht. Auch das Land muss ein gutes Konzept haben.

Abstimmungsergebnis: 08:00:02

8.4 Verbesserung der räumlichen Situation und der Arbeitsfähigkeit des Stadtarchivs durch Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Land Sachsen-Anhalt zur gemeinsamen Nutzung des Dienstgebäudes Dessau (Heidestraße 21, 06842 Dessau-Roßlau) des Landesarchivs Sachsen-Anhalt durch das Stadtarchiv und Landesarchiv
Vorlage: BV/054/2016/IV-41

Frau Benckenstein, AfD-Fraktion, verließ den Sitzungsraum und nahm an der weiteren Sitzung nicht teil. Damit waren neun stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, fragte, ob es sich um eine punktuelle Entlastung handelt oder ob damit die Probleme vollumfänglich gelöst sind.

Herr Dr. Kreißler, Leiter des Stadtarchives, erklärte, dass aus Sicht des Stadtarchives die Probleme für das historische Archiv auf lange Sicht gelöst sind. Für die Zwischenarchive gibt es gute Lösungen. Des Weiteren sind mit der neuen Lösung Reserven da.

Herr Kuras, Leiter des Amtes für Kultur, ergänzte, dass mit einem Neubau auch das Problem des Büros der Anhaltischen Gemäldegalerie gelöst werden sollte, welches sich momentan in einem Gebäude am Schloßplatz befindet. Dieses Problem bleibt damit ungelöst. In der vorliegenden Studie wurde auch versucht, eine Lösung bzgl. der Magazin- und Arbeitsräume der Törtener Straße zu schaffen, welche mit der jetzigen Lösung für das Stadtarchiv nicht gefunden wurde. Für das historische Archiv wurde eine hervorragende Lösung geschaffen, auch im Hinblick auf die Nutzer, da nun zwei Archive an einem Ort zusammengefasst sind.

Die Frage von **Herrn Oberbürgermeister Kuras**, ob mit dem Landesarchiv eine Übernahme des Kunstdepots besprochen wurde, bejahte **Herr Kuras, Leiter des Amtes für Kultur**. Jedoch werde das nicht funktionieren.

Im Hinblick auf die Landesgartenschau müsse dann eine Hälfte der alten Hochschule stehen bleiben, äußerte **Herr Oberbürgermeister Kuras**.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, merkte in diesem Zusammenhang an, dass dazu parallel eine Auftrag erteilt wurde, als das Naturkundemuseum thematisiert wurde. Es soll in diesem Zusammenhang noch einmal im Gesamten über die Museen gesprochen werden, daher sollte die heutige Diskussion zunächst aufgeschoben werden.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, erklärte, dass im Prozess der Kulturentwicklungsplanung über alle Depotflächen im Gesamten gesprochen wird. Davon ist dieses Thema völlig losgelöst.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

8.5 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/186/2016/V-DKT

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

Vor Herstellung der Nichtöffentlichkeit verwies **Herr Oberbürgermeister Kuras** auf Nachfrage von Herrn Behrendt darauf, dass der nichtöffentliche Teil ca. 20 bis 30 Minuten andauern wird.

Es wurde anschließend Nichtöffentlichkeit hergestellt.

13 Beschlussfassungen

- 13.1 Entlastung der Geschäftsführerin der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG) für das Geschäftsjahr 2015**
Vorlage: BV/210/2016/II-20BTM

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

- 13.2 Entlastung des Verwaltungsrates der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG) für das Geschäftsjahr 2015**
Vorlage: BV/211/2016/II-20BTM

Herr Oberbürgermeister Kuras, Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau und Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, erklärten ihre Befangenheit und nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Abstimmungsergebnis: 05:00:00

- 13.3 Bestätigung des Investitionsrahmens und des Bauprogramms der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG)**
Vorlage: BV/213/2016/II-20BTM

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

- 13.4 Beschluss über die Ergebnisverwendung der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2015**
Vorlage: BV/220/2016/II-20BTM

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erklärte, dass er wie in den vergangenen Jahren gegen die Beschlussvorlage ist. Das Geld sollte für die Tilgung in der Gesellschaft, angesichts der dort kommenden Risiken, verwendet werden. Beim letzten Mal wurde gesagt, dass es zukünftig weniger wird, allerdings hat er den Eindruck, dass es noch einmal erhöht wurde. Das ist kontraproduktiv im Sinne des Unternehmens. Das Geld muss dort aufgewandt werden, um die Entlastung des Unternehmens von Kreditlasten voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis: 06:02:00

- 13.5 Entlastung der Geschäftsführer der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2015**
Vorlage: BV/221/2016/II-20BTM

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

- 13.6 Entlastung des Aufsichtsrates der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2015**
Vorlage: BV/222/2016/II-20BTM

Herr Oberbürgermeister Kuras und **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, erklärten ihre Befangenheit und nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Abstimmungsergebnis: 06:00:00

- 13.7 Beschluss über die Veröffentlichung des Konzernabschlusses und der Jahresabschlüsse zum 31.12.2015 der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH**
Vorlage: BV/226/2016/II-20BTM

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

- 13.8 Entlastung des Geschäftsführers der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Anhalt-Bitterfeld | Dessau | Wittenberg mbH (WFG ABDW) für das Geschäftsjahr 2015**
Vorlage: BV/235/2016/II-20BTM

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

- 13.9 Entlastung des Aufsichtsrates der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Anhalt-Bitterfeld | Dessau | Wittenberg mbH (WFG ABDW) für das Geschäftsjahr 2015**
Vorlage: BV/236/2016/II-20BTM

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte seine Befangenheit und nahm an der Abstimmung nicht teil.

Abstimmungsergebnis: 07:00:00

- 13.10 Entlastung des Verwaltungsrates der WBD Industriepark Dessau GmbH für das Geschäftsjahr 2015**
Vorlage: BV/215/2016/II-20BTM

Herr Oberbürgermeister Kuras, Herr Schönemann, Fraktion Die Linke und **Herr Hofmeister, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, erklärten ihre Befangenheit und nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Abstimmungsergebnis: 05:00:00

14 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde um 20:05 Uhr durch **Herrn Oberbürgermeister Kuras** geschlossen.

Dessau-Roßlau, 03.09.16

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer